



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe, Sie hatten einen erholsamen Sommer. Wie üblich steht die Politik nicht still. Inzwischen hat die dritte Verhandlungsrunde zum „Brexit“ stattgefunden und man ist nicht viel weitergekommen. Obwohl die britische Redensart „You cannot eat the cake and have it“ – man kann den Kuchen nicht essen und behalten wollen – richtig ist, bleibt mein Eindruck, dass man genau das will. Und sie wollen auch jetzt schon über das zukünftige Verhältnis verhandeln, bevor die Umstände der „Scheidung“ klar sind. Beides wird so nicht funktionieren. Und so werden die kompetenten britischen Beamten der politischen Führung nur Optionen aufzeigen können, die entweder schlechter sind als der Status Quo oder eben viel schlechter. Aber langsam scheint es bei einigen zu dämmern, was sie sich eingebrockt haben, bei der Labour-Opposition geht es los.

AUS DEM INHALT
Ausgabe September 2017

- **Schleppern muss das Handwerk gelegt werden**
- **Gemeinsame EU-Grenzübertrittskontrollen**
- **Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aussetzen**
- **Europol fördert den Schutz der Bürger vor Erpressungstrojanern**
- **EP tritt für längere Lebensdauer von Produkten ein**

Derweil hat unser spezieller Freund Erdogan auch keine Gelegenheit versäumt, die EU und speziell Deutschland unflätig zu beschimpfen. Wir sollten unbeeindruckt bleiben. Erdogans Türkei kommt nicht in die EU, deshalb meine Meinung: Verhandlungen unsererseits einfrieren. Da Erdogan an der Lage schuld ist, muss er selbst abrechnen, nicht wir, weil er das dann zu Hause gegen uns verwenden könnte. Die Vorbeitritts-hilfen fließen schon seit letztem Jahr nicht mehr mangels vorgelegter Projekte und zugesicherter türkischer Mitfinanzierung. Und den Druck zur Freilassung der aus politischen Gründen Verhafteten Deutschen und anderer EU-Bürger müssen wir nicht nur aus Deutschland, sondern aus der EU insgesamt deutlich erhöhen. In diesem Sinne grüße ich Sie herzlich !

Ihr

Michael Gahler



Schleppern muss das Handwerk gelegt werden



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron haben sich mit insgesamt fünf europäischen und afrikanischen Regierungschefs in Paris zu einem Migrationsgipfel am 28. August getroffen. Die Beschlüsse von Paris sind zu begrüßen, da sie einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung der illegalen Migration auf der Mittelmeerroute darstellen. Sie vertiefen die bestehen-

den europäischen Beschlüssen getroffenen Beschlüsse schlagen eine Reihe von Maßnahmen vor, um gemeinsam mit Libyen den Schutz der europäischen Außengrenzen zu verbessern. Ziel ist außerdem, die Migrationsbewegungen bereits in Afrika zu steuern, bevor sie Libyen erreichen. Dabei muss auch die europäische Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag als wichtiges Instrument der Fluchtursachenbekämpfung leisten.

den europäischen Anstrengungen, den Schleppern das Handwerk zu legen.

Die jetzt in Paris ge-

Bei der Bewältigung der Migrationsströme und der Bekämpfung ihrer Ursachen kommt es darauf an, die Entwicklungszusammenarbeit drauf zu konzentrieren, gute Regierungsführung, private Investitionen und damit Ausbildungsstrukturen und Beschäftigungsmöglichkeiten für die junge wachsende Bevölkerung aufzubauen und zu unterstützen.

Sowohl in den Staaten Subsahara-Afrikas als auch in den Transitländern im Sahel muss diese europäische Entwicklungspolitik ansetzen. Wer vernünftige Einkommensmöglichkeiten hat, braucht sich nicht im Schleppergeschäft zu engagieren oder sein Schicksal in die Hände der verbrecherischen Banden legen.

Europol fördert den Schutz der Bürger vor Erpressungstrojanern

Es gibt eine Webseite mit Handreichungen für Unternehmen, wie sie mit Erpressungstrojanern umgehen sollten. Die Website „No More Ransom“ ist eine Initiative von Europol, der niederländischen Polizei und den Cyber Security-

Unternehmen Kaspersky Lab und Intel Security. Ziel ist es, Opfern von Ransomware bei der Entschlüsselung ihrer Dateien zu helfen, ohne dass dabei ein Lösegeld an die Cyberkriminellen bezahlt wird. Die Webseite informiert auch,

wie Ransomware funktioniert und welche Gegenmaßnahmen dabei helfen, eine Infizierung wirksam zu verhindern.

 **WEB-TIPP**

<http://bit.ly/2uZPEYU>

Gemeinsame EU-Grenzübertrittskontrollen

Aktuell treten beide EU-Gesetzgeber, das Europäische Parlament und der Rat, in eine Phase ein, über den Vorschlag für ein Einreise-/Ausreisensystem zu verhandeln. Dieses System wird Ein- und Ausreisdaten sowie Einreiseverweigerungsdaten von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen des Schengen-Raums erfassen.



Das Einreise-/Ausreisensystem wird dazu beitragen,

- Verzögerungen bei den Grenzübertrittskontrollen zu reduzieren und die Qualität der Kontrollen durch die automatische Berechnung des zulässigen Aufenthalts jedes Reisenden zu verbessern;
- eine systematische und zuverlässige Ermittlung von Personen zu gewährleisten, die die Aufenthaltsdauer überziehen („Overstayer“) oder die die Vorausset-

zungen für die Einreise nicht mehr erfüllen;

- die innere Sicherheit und die Bekämpfung des Terrorismus zu verbessern, indem den Strafverfolgungsbehörden Zugang zu den erfassten Reisebewegungen eingeräumt wird.

Bei der vorgeschlagenen Verordnung handelt es sich um eine überarbeitete Version des von der Kommission im Februar 2013 vorgelegten Legislativpakets. Nachdem

die beiden Gesetzgeber fachliche, finanzielle und operative Bedenken bezüglich bestimmter Aspekte des Pakets von 2013 geäußert hatten, führte die Kommission eine technische Studie durch und betraute anschließend EU-LISA, die EU-Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen, mit einem Pilotprojekt. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Vorbereitungsphase hat die Kommission am 6. April 2016 einen geänderten Vorschlag vorgelegt.

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aussetzen

Am 6. Juli verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung über das

Verhältnis der EU zur Türkei. Die Abgeordneten kri-

tisierten offen die Verschlechterung der innenpolitischen Lage in der

Türkei. Die Verfassungsänderungen sind nicht vereinbar mit den Kopenhagen-Kriterien der EU, die eine nicht verhandelbare Grundlage für eine EU-Mitgliedschaft darstellen. Deshalb verlangt das Europaparlament die Aussetzung der Beitrittsverhandlungen, falls die Verfassungsreform so umgesetzt wird. Das läuft in der Praxis auf das Ende der Beitrittsverhandlungen hinaus. Die so genannten Vorbeitrittshilfen der EU für die Türkei sind faktisch

ebenfalls gestoppt, weil die Türkei weder Projekte vorgeschlagen noch ihren Finanzanteil geleistet hat.

samem Interesse angewiesen. Doch kann es dabei die Vertiefung der Zollunion nur geben, wenn die bekannten Mindestbedin-



Jetzt sollten wir uns bei den EU-Türkei-Beziehungen auf das Machbare konzentrieren, denn beide Seiten sind auf eine stabile und konstruktive Zusammenarbeit in den Bereichen von gemein-

ungen bei Demokratie, Rechtsstaat und Grundrechten in der Türkei geachtet werden. Falls dies ausbleibt, muss der Kommissionsvorschlag zur erweiterten Zollunion fallengelassen werden.

ungen bei Demokratie, Rechtsstaat und Grundrechten in der Türkei geachtet werden. Falls dies ausbleibt, muss der Kommissionsvorschlag zur erweiterten Zollunion fallengelassen werden.

EU soll gezielt Junglandwirte fördern!

Die Beihilfen für Junglandwirte sollen gezielter zur Förderung eines wirksamen Generationswechsels eingesetzt werden. Kritisiert wird vom Europäischen Rechnungshof, dass die EU-Unterstützung für Junglandwirte allzu häufig unzulänglich definiert und Ergebnisse und Auswirkungen nicht festgelegt sind. Das ist nach einem am 29. Juni 2017 veröffentlichten Sonderbericht das Ergebnis einer Wirt-

schaftlichkeitsprüfung. Dabei lag der Schwerpunkt der Prüfung in Frankreich, Spanien, Polen und Italien.

Die Anzahl der Junglandwirte ist zurückgegangen – von 3,3 Millionen im Jahr 2005 auf 2,3 Millionen im Jahr 2013. Um den Generationswechsel in der Landwirtschaft zu fördern, stellt die EU im Zeitraum 2007-2020 9,6 Milliarden Euro für Junglandwirte

bereit. Junglandwirt ist eine Person, die zum Zeitpunkt der Antragstellung unter 40 Jahre alt ist und sich erstmals in einem landwirtschaftlichen Betrieb als Landwirt niederlässt und über eine ausreichende berufliche Qualifikation verfügt.

WEB-TIPP

Sonderbericht (97 Seiten)
<http://bit.ly/2tDAWqe>

EP-Sonderausschuss zur Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus

Das Parlament hat am 6. Juli 2017 einen Sonderausschuss zur Terrorismusbekämpfung eingesetzt. Der Ausschuss soll das Ausmaß der terroristischen Bedrohung auf euro-



päischem Boden prüfen und bewerten und mögliche Fehler und Versäumnisse untersuchen, in deren Folge die jüngsten Terroranschläge in den verschiedenen Mitgliedstaaten verübt werden konnten. Der Sonderausschuss soll folgendes untersuchen:

- Die Umsetzung der bestehenden Maßnahmen und Instrumente im Bereich

des Außengrenzmanagements.

- Defizite beim Austausch von Informationen zwischen den Mitgliedstaaten.

- Die Interoperabilität der Europäischen Datenbanken für den Informationsaustausch.

- Die Auswirkungen der EU-Antiterrorgesetze und deren Umsetzung auf die Grundrechte.

- Den Prozess der Radikalisierung und die in einigen Mitgliedstaaten bestehen-

den Programme zur Entradikalisierung.

- Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie deren Verknüpfungen mit dem organisierten Verbrechen.

- Den Austausch von bewährten Verfahren hinsichtlich des Schutzes sogenannter weicher Ziele, beispielsweise Flughäfen und Bahnhöfe, sowie des Schutzes von wichtigen Infrastruktureinrichtungen.

Der Ausschuss wird Anfang 2018 einen Halbjahresbericht vorlegen.

In der EU wird die Terrorismusbekämpfung zentral von den Mitgliedstaaten durchgeführt, wobei Parlament und Kommission an der Gesetzgebung mitwirken. Als inhaltliche Grundlage dient die Strategie zur Terrorismusbekämpfung, die sie hier finden:

WEB-TIPP

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?f=ST+14469+2005+REV+4&l=de>

EP tritt für längere Lebensdauer von Produkten ein



Das Europäische Parlament fordert Maßnahmen für eine längere Lebensdauer von Produkten; sie sollen länger haltbar, hochwertig, reparierfähig und nachrüstbar sein. Die „Geplante Obsoleszenz“ soll bekämpft und für Güter und Software sollen Reparaturdienste und Ersatzteile leichter zugänglich und erschwinglich werden. Die Abgeordneten empfehlen in einer Entschließung vom 4. Juli.2017 u.a., dass

- die Garantiezeit entsprechend verlängert wird, wenn eine Reparatur länger als einen Monat dauert;
- die Mitgliedstaaten Anreize für die Produktion langlebiger und reparierbarer Produkte schaffen und Second-Hand-Käufe fördern;
- Teile, die für das Funktionieren des Produktes entscheidend sind, wie Batterien und LEDs, nicht fest in Produkte einge-

baut werden, sondern austauschbar und reparierbar sein sollen und zwar zu einem Preis, der der Produktart und seiner Lebensdauer entspricht;

- die Einführung eines „freiwilligen europäischen Gütezeichens“ geprüft werden soll, das insbesondere die Lebensdauer, das Ökodesign, die Nachrüstbarkeit und die Reparierbarkeit der Produkte umfasst;
- eine EU-weite Definition von „geplanter Obsoleszenz“ und ein System eingeführt werden, mit dem diesem Problem durch abschreckende Maßnahmen entgegen gewirkt werden kann.

Laut einer Eurobarometer-Erhebung von 2014 würden 77% der Verbraucher in der EU ihre Produkte lieber reparieren lassen als neue zu kaufen. Sie müssen sie jedoch letztlich ersetzen, da Reparaturkosten abschreckend hoch sind oder der Kundendienst sich als unzureichend herausstellt.

WEB-TIPP

Entschließung 04.07.2017:
<http://bit.ly/2vnENUr>

Nehmen Sie teil am Wettbewerb zum europäischen Kulturerbe 2018!



Die Bewerbungsfrist für das Kulturerbe bzw. den Europa Nostra Award 2018 endet am 1. Oktober 2017. Beispielhafte Leistungen im Bereich des kulturellen Erbes werden mit Preisen in vier Hauptkategorien ausgezeichnet:

- Projekte zur Erhaltung des kulturellen Erbes
- Forschung
- Engagierter Einsatz für die Bewahrung des kulturellen Erbes

- Bildungs-, Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen im Bereich des europäischen Kulturerbes

Der Preis ist gestaffelt: Der „Grand Prix“ in Höhe von 10.000 Euro wird an bis zu sieben Teilnehmer vergeben; eine weitere Auszeichnung geht an bis zu 30 Teilnehmer. Außerdem wird ein Publikumspreis vergeben, dessen Gewinner in einer von Europa Nostra durch-

geführten Online-Abstimmung ermittelt wird.

Der Wettbewerb zielt darauf ab, das Bewusstsein für die Probleme des Sektors zu stärken; Leistungen für den aktiven Schutz des europäischen Kulturerbes anzuerkennen und die Wertschätzung des europäischen Kulturerbes zu fördern.

WEB-TIPP

EU-Preis für das Kulturerbe:
<http://bit.ly/2xfyKCJ>

Nehmen Sie teil am Europäischen Schülerwettbewerb 2018!

Das Motto des 65. Europäischen Wettbewerbs für Schüler lautet „Denk mal – worauf baut Europa?“. Der Wettbewerb für alle Schularten und Altersklassen ist an das EU-Jahr zum kulturellen Erbe angelehnt, mit altersgerechten Aufgabenstellungen für Kinder und Jugendliche

aller Schularten von der ersten Klasse bis zum Abitur.



WEB-TIPP

- Ausschreibung: <http://bit.ly/2vFWsHq>
- Aufgabenstellungen: <http://bit.ly/2uGI8SW>
- Einsendetermine und Adressen: <http://bit.ly/2uf7vJP>

Woche der Regionen und Städte Europas



Die Europäische Woche der Regionen und Städte findet vom 9. - 12. Oktober 2017 statt. Es handelt sich um die größte regionalpolitische Veranstaltungsreihe mit über 6.000 Teilnehmern und 600 Rednern aus ganz Europa. Die Teilnehmer befassen sich in 130 Podiumsdiskussionen und Workshops mit Verfahren und Fachwissen zur Stadt- und Regionalentwicklung mit folgenden Themenschwerpunkten:

- Wirtschaftliche und soziale

Folgen der Globalisierung für Städte und Regionen;

- Überarbeitung der Regionalpolitik und Stadtentwicklung nach 2020;
- Programmverwaltung und deren Vereinfachung für den Zeitraum 2014-2020.

Erwartet werden als Teilnehmer hauptsächlich Verwaltungsbeamte und Fachleute der kommunalen, regionalen, nationalen und EU-Ebene. Die Teilnahme ist kostenlos. Die Registrierung für die Podiumsdiskussionen und Workshops ist online bis zum 30. September 2017 möglich.

WEB-TIPP

Zur Veranstaltung: <http://bit.ly/2vvEOHI>

IMPRESSUM

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 14 E 154
B-1047 Brüssel
Tel +32-2-2845977
Fax +32-2-2849977
michael.gahler@europarl.europa.eu
www.michael-gahler.eu
 [michael.gahler.77](https://www.facebook.com/michael.gahler.77)

Europabüro
Odenwaldstraße 5
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152 - 932 594

Bildnachweis:

Europäisches Parlament,
Europäische Kommission